

# Genossenschaftsverbände

## Dokumentation über einen weiteren Raubzug der Schwaben in Baden.

In BW gibt es den badischen und den württembergischen Genossenschaftsverband. Der badische Verband hat 435 Mitglieder, darunter 86 Volks- und Raiffeisenbanken u. a. die BBBank, 318 ländliche und 25 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgesellschaften. Der württembergische hat 528 Mitglieder, darunter 217 Volks- und Raiffeisenbanken und 286 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Sowohl der badische als auch der württembergische Verband sind Mitglied im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.

28.12.2000 BNN:

Ministerpräsident Teufel möchte, dass diese beiden Verbände fusionieren. Der badische Verband lehnt Fusionsgespräche mit dem württembergischen kategorische ab. Er möchte sich allenfalls einem bundesweit tätigen Genossenschaftsverband mit regionalen Niederlassungen anschließen, um die rund 250 Arbeitsplätze in Karlsruhe zu erhalten. Laut Teufel würde durch eine Fusion der zweitstärkste Genossenschaftsverband in Deutschland entstehen, das würde den Finanzplatz BW nachhaltig stärken. Der württembergische führt jedoch Fusionsverhandlungen mit dem bayrischen Verband.

Anmerkung:

Wenn der württembergische und der bayrische fusionieren würden wäre dieser Verband stärker als der württembergische mit dem badischen zusammen, aber dann hätten die Schwaben nicht viel zu sagen. Der bayrische hat 1276 Mitglieder, darunter 442 Volks- und Raiffeisenbanken und ebenso mehr Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Falls der württembergische vorher mit dem badischen fusionieren würde hätten die Schwaben eine stärkere Position, und darum geht es, sie brauchen uns mal wieder um ihre Position zu stärken. Sowohl der badische, württembergische und bayrische Verband sind Mitglied im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.

11.4.2003 BNN:

Die Fusionsverhandlungen mit dem bayrischen Verband sind am 10.4. überraschend beendet worden. Der württembergische Verband setzt nun wieder auf eine Landeslösung. Teufel begrüßte den Entschluss die Fusionsverhandlungen zu beenden.

23.4.2003 Handelsblatt:

Teufel wünscht, dass sich die beiden Verbände zusammenschließen, und zwar in erster Linie die Volks- und Raiffeisenbanken. „Die Zeit drängt zu diesem Schritt“ sagte Teufel Anfang April, und das Staatsministerium sagte „er wird sich mit Nachdruck für die Fusion einsetzen“. Ein Sprecher des badischen Verbandes kanzelte die Wünsche nach einer schnellen Fusion mit den Worten ab „wir sind für unsere Mitglieder momentan leistungsfähig genug“. Der württembergische Verband steht unter einem stärkeren Kostendruck als der badische, das zeigt sich vor allem im Bankensektor, wo der Fusionsdruck besonders groß ist. Die 195 Genossenschaftsbanken der Schwaben kommen auf eine durchschnittliche Bilanzsumme von nur 315 Mio. Euro, während die 86 badischen Genossenschaftsbanken auf durchschnittlich 516 Mio. Euro kommen.

Anmerkung:

Nun ist der Grund für die Fusion deutlich, es geht den Schwaben nicht nur um die Macht sondern auch wieder um das „Badische Geld“.

8.7.2003 BNN:

Die Raiffeisen-Zentralgenossenschaft eG (ZG Raiffeisen) wird ihren eigenständigen Weg fortsetzen und dabei eng mit befreundeten Unternehmen beiderseits des Rheins zusammenarbeiten, sagte der Vorstandsvorsitzende auf der Bilanzpressekonferenz.

13.8.2005 BNN:

Die 77 badischen Volks- u. Raiffeisenbanken einschließlich BBBank bewegen sich weiter auf solider Ertragsbasis. Der Vorstandsvorsitzende des Badischen Genossenschaftsverbandes Gerhard Roßwog wies darauf hin, dass sich die Volks- u. Raiffeisenbanken im badischen Landes-

teil fast durchweg besser entwickelten als der Bundesdurchschnitt oder die baden-württembergischen Sparkassen als direkte Mitbewerber.

2007: Infoblatt der Volksbanken und Raiffeisenbanken  
Bericht von Ulf Tietke

Roßwog räumt ein, dass einzelne Institute in Baden Fonds halten könnten, die in verbriefte amerikanische Immobilienkredite investiert haben. Die genossenschaftliche Union Investments hatte selbst einen solchen Fonds aufgelegt und musste ihn schließen. Anhaltspunkte für einen höheren Wertberichtigungsbedarf in den Depots der Volksbanken sieht Roßwog dennoch nicht. Es wäre ja schön, wenn die regionalen Geldinstitute wirklich nicht betroffen sein sollten. Doch das glaubt beim Verband kaum jemand. Und wer sich „off records“ in den Vorstandsetagen umhört, hört ebenfalls pessimistischere Statements. Es gibt Sparkassen und Volksbanken, die ihre Bilanz seit Jahren mit risikoreicherem Eigenhandel aufpolieren. Wer im Kredit- und Provisionsgeschäft nicht so gut verdient, spekuliert am Finanzmarkt.

Das Ergebnis dieser Institute dürfte am Jahresende um einige Hunderttausend Euro schlechter ausfallen. Das ist nicht dramatisch und auch kein Grund zur Panik. Dennoch werden betroffene Sparkassen und Volksbanken mit Sicherheit versuchen, einen erhöhten Bewertungsbedarf aus dem Wertpapiergeschäft zu kaschieren.

Und genau das ist ein Problem: Es ist nicht sicher, dass Bürgermeister und Landräte eine Sparkassenbilanz bis in alle Einzelheiten verstehen. Das hat zuletzt das Desaster um die Sachsen LB mehr als deutlich gezeigt. Obwohl Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institute letztlich der Bevölkerung gehören und moralisch auskunftspflichtig sind, lassen die Direktoren sich nicht in die Karten schauen. Keiner sagt, welche Wertpapiere wirklich im Depot liegen. Wie hoch die stillen Reserven sind. Wie das Rating des Instituts ausfällt. Diese Geheimniskrämerei aber trägt nicht dazu bei, Vertrauen aufzubauen. Im Gegenteil. Das ginge nur mit mehr Transparenz.

8.11.2007 Heidenheimer Zeitung:

Man braucht nur lange genug Zeit, bis zusammenwächst, was zusammengehört. Mehr als ein halbes Jahrhundert beispielsweise. So lange leben und arbeiten die Genossenschaftsverbände in Baden und Württemberg schon nebeneinander, bisweilen miteinander, häufig genug aber auch gegeneinander. Jetzt wollen sie sich zusammenschließen.

Erst seit mit Gerhard Roßwog ein neuer Verbandsdirektor in Karlsruhe einzog, änderten sich auch die Beziehungen zu Stuttgart, gab es Gespräche und gemeinsame Projekte. Zwischen seinem Vorgänger Egon Gushurst und Württembergs Präsidenten Erwin Kuhn herrschte Funkstille. Verbandsrat in Karlsruhe und Verwaltungsrat in Stuttgart haben der Verschmelzung bereits zugestimmt. Sie einigten sich auch darauf, dass der neue Verband einen Doppelsitz haben wird. Nicht aber an der Verbandsspitze: Der zukünftige Präsident soll aus Baden kommen, der Verbandsratsvorsitzende, eine Art Aufsichtsratschef, aus Württemberg. Dieses Zugeständnis mag den Württembergern leicht gefallen sein. Erwin Kuhns Vertrag läuft ohnehin nur noch bis Ende nächsten Jahres. Dann geht er in Rente.

8.11.2007 Stuttgarter Zeitung

Die Genossenschaftsverbände von Baden und von Württemberg haben die Aufnahme von Fusionsverhandlungen beschlossen. Bis 2008 solle ein Genossenschaftsverband Baden-Württemberg aus der Taufe gehoben werden. Die Verbandsräte haben in getrennten Sitzungen jeweils einstimmig die Aufnahme von Fusions-Verhandlungen beschlossen. Die Vorgespräche hätten in partnerschaftlicher Atmosphäre und auf Augenhöhe stattgefunden.

Angestrebt werde ein juristischer Doppelsitz Karlsruhe/Stuttgart, die Betreuung der Mitglieder erfolge weiterhin von den bisherigen Standorten aus, hieß es in der gemeinsamen Erklärung. Der künftige Vorstandsvorsitzende des Verbandes soll aus Baden kommen, der Verbandsratsvorsitzende aus Württemberg.

"Wir sehen diesen Schritt als Signal der Mitgliedernähe zu unseren Genossenschaften und der Stärkung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Wir schaffen damit neue Möglichkeiten, die Interessen unserer Mitglieder gegenüber der Politik, aber auch innerhalb des genossenschaftlichen Verbundes nachhaltiger zu vertreten", stellten die beiden Verbandschefs Gerhard Roßwog (Baden) und Erwin Kuhn (Württemberg) fest.

Anmerkung:

Nach der bisherigen Haltung des badischen Genossenschaftsverbandes ist dies eine Überraschung. Warum schwenken die Badner plötzlich um? Haben wir Badner Probleme, die man durch eine Fusion lösen kann? Haben die Württemberger Probleme? Betrifft es evtl. verbriefte amerikanische Immobilienkredite? Oder liegt es an dem neuen Vorsitzenden des Genossenschaftsverbandes Baden, Roßwog? Hat Roßwog der Fusion zugestimmt, weil er dadurch Vorstandsvorsitzender eines wesentlich größeren Unternehmens wird?

Falls die Fusion zustande kommt, wird alles nach dem bisherigen Muster verlaufen. Erst Doppelsitz, dann Hauptsitz in Stuttgart und dann aus Kostengründen Konzentration der Verwaltung am Hauptsitz. Schließlich bei einer Neubestellung des Vorstandes eine Schwabe, Vorsitzender des Aufsichtsgremiums wird jetzt schon ein Schwabe.

24.10.2008 BNN:

Nach Jahrelangem Ringen fusionieren die beiden Genossenschaftsverbände im Frühjahr 2009 zum Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband BWGV. Karlsruhe und Stuttgart werden gleichrangig Hauptstandorte sein, juristischer Sitz ist allerdings Karlsruhe. Neuer Chef wird der badische Genossenschaftspräsident Gerhard Roßwog werden. Der neue Verband repräsentiert 851 genossenschaftliche Unternehmen, darunter 251 Volksbanken und Raiffeisenkassen, 449 landwirtschaftliche Genossenschaften und 105 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften.

Anmerkung:

Hauptstandorte in Karlsruhe und Stuttgart mit Hauptsitz in Karlsruhe ist uns bekannt von der LVA. Der Hauptsitz Karlsruhe wurde dort zugunsten von Stuttgart ausgehöhlt.

17.5.2011 BNN: Roßwog erhält Staufermedaille

Der Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes (BWGV) ist von Ministerpräsident Kretschmann mit der Staufermedaille ausgezeichnet worden. Er hat als Vorsitzender des Badischen Genossenschaftsverbandes großen Anteil an der Verschmelzung mit dem württembergischen Pendant im Jahre 2009.

Anmerkung:

Judaslohn?

10.12.2012 BWGV: Presseinformation

Nach beinahe 35 Jahren in der genossenschaftlichen Organisation hat Gerhard Roßwog, der Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands (BWGV), die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Dr. Roman Glaser übergeben. Er war einer der Architekten des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands. Für seine großen Verdienste um das Genossenschaftswesen hat Roßwog am Abend die Raiffeisen-Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold erhalten. Das ist die höchste Auszeichnung, die die Genossenschaftsorganisation zu vergeben hat. Sie wird an maximal 100 lebende Personen verliehen.

Anmerkung:

Noch mal Judaslohn Für Roßwog?

10.12.2012 BWGV: Presseinformation - Daten

Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband repräsentiert:

226 Volks- und Raiffeisen-Banken mit einem Geschäftsvolumen von 133 Mrd. €

664 Waren- und Dienstleistungs-Genossenschaften mit einem Umsatz von rund 9 Mrd. €

3,6 Mio. Einzelmitglieder, also jedem dritten Einwohner Baden-Württembergs

Der BWGV, der seinen Sitz in Karlsruhe und Stuttgart hat, prüft die Genossenschaften und berät sie in allen rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen. Der Verband ist eine der wichtigsten Wirtschaftsorganisationen in Baden-Württemberg.

Bundesweit sind mehr als 20 Mio. Menschen Mitglieder in insgesamt 7.500 Genossenschaften.

Mehr als 800.000 Beschäftigte und 35.000 Auszubildende arbeiten in Deutschland für genossenschaftliche Unternehmen.

4.7.2014 BNN: Abschied aus Karlsruhe

5 Jahre nach der Fusion zum Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband (BWGV) soll das Geno-Haus in Stuttgart alleiniger Verwaltungsstandort werden. Der formale juristische Sitz bleibe in

Karlsruhe. Die Weiterbildungsakademie in Karlsruhe-Rüppurr soll erhalten bleiben und jene in Stuttgart geschlossen werden.

Anmerkung:

Die Schwaben haben es mal wieder geschafft nach bewährtem Muster uns Badner auszurauben.

23.9.2014 BNN: Raiffeisenhaus Karlsruhe

Das Raiffeisenhaus in Karlsruhe wird aufgegeben, in Karlsruhe wird es keine Verwaltungsmitarbeiter mehr geben. Was den 150 Mitarbeitern in Karlsruhe angeboten werden soll steht noch nicht fest.

Der BWGV beschäftigt aktuell insgesamt 585 Mitarbeiter, davon:

150 in Karlsruhe

120 in Stuttgart

90 in den Weiterbildungsakademien Karlsruhe und Stuttgart

225 Prüfer im Außendienst

Der BWGV hat als Mitglieder:

217 Volks- und Raiffeisen-Banken, u. a. die BBBank (ca. 1/3 in Baden u. 2/3 in Württemberg)

630 Ländliche und gewerbliche Genossenschaften

23.9.2014 LV Baden/sti